ten solchen Gedankengängen sich nicht werden verschließen können. Wir meinen, daß dieses gegenseitige Treiben ohne Ende — Lohnerhöhung, Preiserhöhung — einmal ein Ende finden muß, wenn nicht, trotz aller scheinbaren Erfolge, das Endergebnis eine Katastrophe sein soll. Gerade die Besorgnis um die Arbeiterschaft gibt uns Veranlassung, dieses einmal ganz offen auszusprechen. Geht die Entwicklung auch im Zeichen niedergehender Konjunktur so weiter, so werden wir frevelhaft eine Arbeitslosigkeit heraufbeschwören, die allein aus der niedergehenden Konjunktur nicht mehr begründet werden kann, denn keinem Unternehmen kann es zugemutet werden, auf die Dauer ohne Gewinn, ja vielleicht mit Verlust, zu arbeiten. Das Unternehmen wird, wenn ein anderes Arbeiten eben nicht möglich ist, geschlossen werden. Den Schaden trägt die Arbeiterschaft ebenso sehr wie die Gesamtheit. Mit Schlagworten sind diese Dinge nicht abzutun. Wenn Voraussetzungen geschaffen werden können, um durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit eine Lohnerhöhung auszugleichen, sollen diese Voraussetzungen geschaffen werden. Aber um einen scheinbaren Erfolges willen lohnt es sich nicht, derartige Kämpfe zu führen, die zum Nachteil von Industrie und der Arbeiterschaft ausschlagen müssen.

Verus.

Wer wird Bundespräsident?

Wien, 20. November.

Eine Sitzung der sozialdemokratischen Nationalräte und Bundesräte hat die vom Bundeskanzler Dr. Seipel im Nationalrat gestellten Anträge auf Verfassungsänderung und die dadurch ermöglichte Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten Dr. Hainisch einstimmig abgelehnt. Durch diese Stellungnahme der Sozialdemokraten ist also die vorgeschlagene Verfassungsänderung gefallen und die Wahl eines neuen Bundespräsidenten notwendig geworden.

Es gilt als sicher, daß Bundespräsident Hainisch nicht mehr wiedergewählt werden wird. Die Parteien werden sich vielmehr der Frage eines neuen Kandidaten zuwenden. An Politikern kommen als Kandidaten der gegenwärtige Präsident des Nationalrates, Miklas, und der frühere Bundeskanzler Dr. Ramek, beide Mitglieder der Christlich-Sozialen Partei, in Betracht. Die Großdeutschen und der Landbund wollen keinem politischen Präsidentschaftskandidaten ihre Stimmen geben. Danach kann man als aussichtsreichste Bewerber um die Präsidentschaft den berühmten Chirurgen Professor Eiselsberg und den früheren Justizminister Dr. Paltauf betrachten. Auch diese Namen sind vorläufig nur Kombinationen. Die Aufstellung der Kandidaten wird voraussichtlich erst wenige Tage vor der Wahl erfolgen, die bekanntlich am 5. Dezember stattfindet.

Schwere Explosion bei Paris

Paris, 20. November.

In dem Pariser Vorort Vincennes, der zum Festungsviertel gehört und stark mit Truppen belegt ist, flog am Dienstag nachmittag gegen ½5 Uhr französischer Zeit ein Kartuschenlager in die Luft.

Die Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstätte ergeben, daß glücklicherweise die Menschenopfer weniger zahlreich sind, als ursprünglich befürchtet wurde, da die in dem Kartuschenlager beschäftigten Arbeiter bereits Feierabend gemacht hatten. Als Ursache der Explosion nimmt man eine starke Erschütterung der Kartuschen durch Stoß oder Fall an. Zur Stunde werden von amtlicher Seite vier Tote und acht Verletzte gemeldet.

Frankreichs Vertretung in Genf

Paris, 20. November.

Der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, den durch Paul-Boncours Demission freigewordenen Posten eines französischen Delegierten beim Völkerbund — jedenfalls vorläufig — nicht neu zu besetzen, da Briand ständiger Delegierter Frankreichs bleibe und es deshalb unnötig sei, ihm einen neuen Ersatzmann zu geben.

Litauen macht Lettland Vorwürfe

Kowno, 20. November.

Anläßlich der gegenwärtig in Lettland stattfindenden Unabhängigkeitsfeierlichkeiten stellt der halbamtliche „Lietuvos Aidas" fest, daß die Freude Litauens an diesen Feierlichkeiten durch einige Erinnerungen getrübt werde. Es hätte in Lettland Regierungen gegeben, die anscheinend absichtlich Litauen hätten schädigen wollen, und zwar in der Wilnafrage. Die lettländische Regierung hätte sich in der Frage der polnisch-litauischen Beziehungen neutral verhalten sollen.

Die Rede des Führers der litauischen Delegation, Dr. Zaunius, anläßlich der lettländischen Jubiläumsfeierlichkeiten hat unliebsames Aufsehen in Kreisen der polnischen Delegation hervorgerufen. Dr. Zaunius benutzte die Gelegenheit der Feierlichkeiten, um auf die Wilnafrage hinzuweisen. Er sagte, Lettland habe seine drei Sterne, Kurland, Livland und Lettgallen, vereinigt, während im litauischen Wappen der eine Stern Wilna noch fehle.

Bruce wiedergewählt

Melbourne, 20. November.

Obwohl die Ergebnisse der Kammerwahlen in neun Bezirken noch nicht vorliegen, rechnet man auf eine genügende Mehrheit für die Regierung. Es ist möglich, daß die Arbeiterpartei drei Sitze in Neu-Südwales, drei in Südaustralien, einen in Victoria und einen in Westaustralien gewinnt. Die Endergebnisse der Senatswahlen werden wohl erst in 14 Tagen bekannt werden.

* Der vormals regierende Fürst Heinrich XXVII. Reuß j. L., ist in Gera, im 71. Lebensjahre, an Herzlähmung gestorben.

Abschluß der Außendebatte

Das Mißtrauensvotum gegen Stresemann mit 218 gegen 98 Stimmen abgelehnt

Berlin, 21. November.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag hat gestern ihren Abschluß gefunden. Ergebnisreich ist sie nicht gewesen. Denn wenn, wie schon neulich von uns gesagt worden ist, Dr. Stresemann auch in der Sprache stark war, inhaltlich waren seine Ausführungen schwach; er hat in den wichtigen Fragen Einzelheiten geschickt vermieden und sich nur in allgemeinen, bekannten Grundzügen geäußert. Auf diese Weise ist er von vornherein Angriffen ausgewichen. Die Folge davon ist, daß manches unerörtert blieb. In die Debatte hat der Reichsaußenminister trotz der ihm aus den kritischen Betrachtungen gegebenen Möglichkeiten nicht mehr eingegriffen. Daß der Kanzler sich auch seinerseits so stark zurückgehalten hat, obwohl ein Wort über Genf von ihm als Delegationsführer begrüßt worden wäre, verstärkt den Eindruck, daß die Regierung selbst der außenpolitischen Aussprache und ihrem Wert skeptisch gegenüberstand. In diesem Augenblick war tatsächlich weder Erfreuliches noch Erschöpfendes zu sagen.

Der Ausklang bestand in einer vom Zentrumsabgeordneten Prof. Dr. Schreiber geführten Personaldebatte. Was Prof. Schreiber über die weltanschauliche und soziale Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes in voll berechtigter Kritik gesagt hat, verdient uneingeschränkt unterstrichen zu werden. Das Auswärtige Amt ist keine Institution von „Familienfideikomissen". Das mußte in aller Deutlichkeit einmal offen ausgesprochen werden. Die Oeffentlichkeit hätte Grund, hier genau so scharf zuzusehen, wie in anderen Aemtern auch. Es handelt sich nicht um Gesinnungsschnüffelei, wohl aber um den gesunden Grundsatz, daß die Tüchtigsten des ganzen Volkes auch an der Verwaltung Anteil haben, die die Geschicke eines Volkes am stärksten beeinflußt. Wir stimmen Prof. Dr. Schreiber voll zu und meinen, daß, wenn sich Herr Stresemann ein besonderes Verdienst erwerben will, er hier ein weites Betätigungsfeld hat.

•

Im weiteren Verlauf der außenpolitischen Debatte führte in der gestrigen Reichstagssitzung der Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.) aus: Die Bedeutung des Kellogg-Pakts ist umstritten. Er wird soviel bedeuten, wie die Vereinigten Staaten aus ihm machen wollen. Wir sehen zwar in dem Kellogg-Pakt einen Fortschritt, aber noch nicht den Uebergang zum Pazifismus, der jede Rüstung unsererseits überflüssig machte. Wir stehen in einer Krise des Völkerbundes, hervorgerufen durch Sonderbündnisse, die im Widerspruch zum Völkerbundsgedanken stehen, und durch das Versagen in der Abrüstungsfrage. Wenn auch das englisch-französische Rüstungsabkommen für die Flotte nicht zustande gekommen ist, so scheint es doch für die Landarmee zu bestehen. Wir sind unserer Bevölkerungszahl nach eine Großmacht, aber wir müssen uns die Anerkennung als solche erst erkämpfen, wenn auch nicht mit kriegerischen Mitteln. Im deutschen Volke hat nie ein Haßgefühl gegen die Franzosen bestanden, auch in der Kriegszeit nicht. So bestanden durchaus die Voraussetzungen für die Locarnopolitik. **Die sentimentale Locarnopolitik hat durch die letzten Ereignisse einen harten Stoß erlitten, aber die realpolitische Seite von Locarno ist unverändert geblieben.** Wir müssen daran festhalten, denn die Garantie der Sicherheit unserer Westgrenze ist auch für uns ein Vorteil.

Abg. Professor Dr. **Schreiber** (Z.): Der Abg. Dr. Breitscheid verlangt, daß das Auswärtige Amt eine soziale Form finden müsse. Auch wir sind der Auffassung, daß das Auswärtige Amt ein Instrument der ganzen Volksgemeinschaft ist. Wir werden den Gedanken mit allem Nachdruck unterstützen, daß die soziale Aufgabe des Auswärtigen Amts eine festere Ausprägung erhalten muß. Wir begnügen uns nicht mit Sozialattachés, denn die großen politischen Ideen des deutschen Volkes müssen in das Weltbewußtsein gelangen. Der Abg. Breitscheid hat ferner ebenso wie der „Vorwärts" vor einigen Wochen das Weltanschauungsmoment in die Debatte geworfen. **Es muß hier festgestellt werden, daß wir nicht allein weltanschaulich plädierten, sondern, daß wir gleichzeitig das Moment der persönlichen und sachlichen Eignung mit aller Schärfe herausarbeiteten. Wir möchten nicht, daß Familienfideikomisse im Auswärtigen Amt errichtet werden.** Herr Dr. Breitscheid meint allerdings, es ginge nicht an, daß nur zwei Bekenntnisse maßgebend sein sollen. Es ist mir interessant, aus den Kreisen, die soziales Verständnis haben, auch die Meinung zu hören, daß ihre Weltanschauung im Auswärtigen Amt sehr schwer durchzusetzen ist. Wenn von Weltanschauung die Rede ist, wird sich die Sozialdemokratie stets einschalten. Der „Vorwärts" schrieb am 8. April 1928, daß nur ganz wenige Ausnahmen in den ersten Jahren nach der Revolution im Auswärtigen Amt zugunsten von linksstehenden Persönlichkeiten gemacht seien, daß aber diese immer als unbequeme Außenseiter angesehen worden seien. Es ist nicht zweckmäßig, hier mit einzelnen Namen zu dienen, aber offenbar leidet auch die Sozialdemokratie darunter, daß sie weltanschaulich im Auswärtigen Amt nicht zur Geltung kommt. (Sehr richtig!) Auch in Ihren Kreisen (zu den Soz.) wußte man, daß der Weltkrieg nicht bloß durch Berechnungen der Generale gewonnen werden konnte, auch in ihren Kreisen versuchte man damals Fäden nach Holland und nach anderen Ländern zu spinnen. Man sollte also den weltanschaulichen Fragen nicht den Stempel des außenpolitisch Minderwertigen aufdrücken. Wir halten diese Fragen auch in der Außenpolitik für notwendig und müssen diese Forderung auch heute wieder anmelden. **Gerade in den Grenzlanden sind wir mit unserer Weltanschauung stark vertreten. Wir bejahen das Grenzland-Deutschtum mit heißer Kraft. Aber Sie dürfen uns dann auch nicht verargen, daß wir auch dieses dem Grenzland vorgelagerte Glacis nicht nur rein politisch, sondern auch mit Weltanschauungsaugen betrachten.** (Beifall i. Z.)

Die Ideen über die Reform des Auswärtigen Dienstes sind 1912 aufgekommen, als Dr. Stresemann im Reichstage zum ersten Male das Signal zog, daß das Auswärtige Amt nicht bloß Geheimsprache und Oligarchie eines exempten Beamtenkörpers sein dürfe, sondern mit der Interessiertheit des ganzen Volkes rechnen müsse. Diese Reformdebatten sind durch den Weltkrieg vertieft worden. In den letzten Jahren aber ist der Reformgedanke leider nur in engerem Kreise im Haushaltsausschuß behandelt worden. Wenn nun in letzter Zeit von ganz prominenter Stelle des Reichsinnenministeriums das Wort von der Demokratisierung der Verwaltung gesprochen worden ist, dann darf eine lebensvoll zu gestaltende Demokratisierung nicht Halt machen an den Grenzen des Auswärtigen Amtes. (Sehr richtig! i. Zentrum.) Soll es etwa so formuliert werden, daß für den Diplomaten eine weltanschauungsfreie Sphäre geschaffen werden soll? Im Einverständnis mit meiner Fraktion erkläre ich: **Wir sind und bleiben der Auffassung, daß für die Außenpolitik des Deutschen Reiches auch die Weltanschauung als Hebel und Arm eingesetzt werden soll und daß die Freiheit und der Wiederaufstieg des Reiches nur errungen werden kann mit Einsatz aller staatspolitischen Kräfte und auch der Bestrebungen auf weltanschaulichen Kontakt mit dem Auslande.** (Zustimmung im Zentrum.)

Damit schloß die Aussprache. Die Anträge, die sich auf das besetzte Gebiet beziehen, wurden dem Haushalts-Ausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung oder Verminderung der Dawes-Zahlungen wurde gegen die Nationalsozialisten, Kommunisten und die Christl.-Nationale Bauernpartei abgelehnt. Der Antrag auf namentliche Abstimmung über das von den Nationalsozialisten und der Chr.-Nat. Bauernpartei gegen Dr. Stresemann eingebrachte Mißtrauensvotum wurde zunächst von den Antragstellern und den Deutschnationalen, dann unter großer Heiterkeit der Mehrheit auch von den Kommunisten unterstützt.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Mißtrauensantrag mit 219 Stimmen gegen 98 Stimmen der Nat.-Sozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Christl.-Nat. Bauernpartei bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Um 4.30 Uhr vertagte sich das Haus auf nächsten Dienstag, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Preußens ernste Finanzlage

Der Haushaltplan für 1929 zeigt ein tatsächliches Defizit bei buchmäßigem Ausgleich

Der preußische Haushaltsplan für 1929 ist jetzt dem Staatsrat zugegangen. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 4 171 984 480 Mark. Er erhöht sich damit gegenüber dem Etat von 1928 um rund 64,5 Millionen Mark. Die laufenden Einnahmen werden auf 3927,5 Millionen, die einmaligen Einnahmen auf 244,5 Millionen geschätzt. Die dauernden Ausgaben sind mit 3843,8 Millionen, die einmaligen Ausgaben mit 328,2 Millionen festgesetzt. Gegenüber 1913 ist der Etat um rund 3 Milliarden Mark höher. Die Ueberweisungen an Reichssteuern sind nach Abzug der Gemeindeanteile usw. mit 868 Millionen, die Erträgnisse an den Preußensteuern mit 589,1 Millionen in den Etat eingesetzt.

Die Staatsregierung widmet dem Etat eingehende Ausführungen über die gegenwärtige finanzpolitische Lage. Der Zuschußbedarf der preußischen Hoheitsverwaltungen ist, wie die Uebersicht des Nettohaushalts zeigt, von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. Obwohl die dauernden Ausgaben im Haushalt 1928 gegenüber dem Haushalt 1927 um die gewaltige Summe von 254 Millionen, also um rund 14 Prozent gestiegen waren, und obwohl die Staatsregierung bei Bemessung des Ausgabebedarfs für das Jahr 1929 sich weitgehende Zurückhaltung auferlegt hat, hat sich **eine weitere Steigerung des dauernden Ausgabenbedarfs für 1929 nicht vermeiden lassen. Auch der Haushalt 1929 ist ebenso wie seine Vorgänger tatsächlich ein Defizithaushalt. Um das äußere Gleichgewicht herzustellen, blieb nichts weiter übrig, als den Rest des Betriebsfonds von 18 Millionen und ferner Mittel, die ebenfalls an sich der Substanz zugehören, nämlich die für das Rechnungsjahr 1929 vom Reiche beanspruchte weitere Entschädigung für abgetretenes Staatseigentum in Höhe von 25 Millionen als Einnahme in den Haushalt einzustellen.**

Die Denkschrift beschäftigt sich dann mit den Lehren der bisherigen Entwicklung. Sie stellt fest, daß **die Gesamtlage der preußischen Staatsfinanzen nicht ernst genug beurteilt werden könne.** Die Hauptursache dieser Schwierigkeiten liege in den Auswirkungen der Besoldungsneuregelung, die mindestens 240 Millionen R.-M. für den preußischen Staat koste. **Der Staat sei gegenwärtig bei den verlängerten Ausgaben an der äußersten Grenze des finanziell Möglichen angelangt. Es wird betont, daß sowohl bei den dem Landtag vorgelegten preußischen Besoldungsvorschriften, als auch beim Stellenplan im Landtag von vornherein von der Annahme aller Entschließungen abgesehen werden müsse, die eine im Einzelfall auch noch so unbedeutende Besoldungserhöhung in sich schließen. Die Staatsregierung würde es nicht verantworten können, solchen Entschließungen zu entsprechen.**

Die besorgniserregende Lage der Staatsfinanzen sei aber nicht nur ein preußisches Problem. Auch bei den übrigen Ländern habe sich immer wieder gezeigt, daß es ihnen immer schwieriger wird, für das Gleichgewicht im Haushalt zu sorgen. Auch das Reich fühle in steigendem Maße die Anspannung seines Haushalts. So ist die Finanznot der öffentlichen Hand ein deutsches Problem. So dringend erwünscht es sei, die Frage der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftssteuer durch Länder und Gemeinden alsbald gesetzlich zu regeln, so werde auch dieser Weg nicht zur erschöpfenden Lösung des Problems führen können, da die Volkswirtschaft konkurrenzfähig bleiben müsse. **Es müsse deshalb unter allen Umständen danach getrachtet werden, in der rationellsten Weise die Einnahmen der gesamten öffentlichen Hand zu bewirtschaften und jede weitere Ausgabesteigerung zu vermeiden. Gelingt dies nicht, so kommt zwangsläufig der Zeitpunkt, wo für wichtige soziale Zwecke kein Geld mehr vorhanden ist und sich das Parlament gezwungen sehen muß, sei es auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung, sei es auf dem Wege der Ermächtigung durch drakonische Maßnahmen, den Ausgabebedarf zu drosseln. Findet es nicht die Kraft dazu, so geraten die öffentlichen Finanzen in Unordnung. Unordnung der Staatsfinanzen aber hat nach den Erfahrungen der Geschichte noch immer den Zusammenbruch der Staatsordnung und der Volkswirtschaft zur Folge gehabt.**

Es wird dann ferner als notwendig bezeichnet ein enges Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Parlament, und in diesem Zusammenhang eine alsbaldige Fortbildung des Haushaltsrechts.